

Verkehrschao auf Kosten der Anwohner! Mülheim erstickt am Durchgangsverkehr



Wer in unserem Stadtbezirk als Fußgänger, Radfahrer oder Autofahrer unterwegs ist, bekommt das Grausen. Die Straßen sind voll, überall nur Stau, ganze Stadtteile werden durch Hauptverkehrsstraßen von einander getrennt. Kinder können bei dem Verkehr kaum noch alleine auf den Straßen spielen.

Mülheim dient als Verkehrszubringer für Köln und die Messe ohne Rücksicht auf die Bevölkerung. Ein beträchtlicher Teil des Verkehrs von Köln fließt entweder über die Mülheimer Brücke, den Wienerplatz, die Bergisch Gladbacher Str. in Richtung oder nach Leverkusen.

Dabei interessiert es in der Stadtverwaltung, dem Stadtrat und der Bezirksvertretung niemand, ob darunter Kindergärten, Schulen oder Altenwohnheime leiden. Hauptsächlich der Verkehr kommt schnell ins Zentrum und die Messe und wieder zurück. Obwohl es linksrheinisch einen Zubringer in das Kölner Umland gibt, die Verbindung Zoostraße zu den Autobahnen A3 und A4.

Wir meinen: Durchgangsverkehr gehört auf die Autobahn und Stadtautobahn! Der Stadtbezirk und vor allem Mülheim könnten komfortabel umfahren werden. Seit Jahren versuchen

z. B. die Anwohner an der Mülheimer Freiheit oder am Rensburger Platz die Stadtverwaltung dazu zu bringen, dass der Durchgangsverkehr raus kommt, aber nichts entscheidendes passiert. Erst als sich die Mülheimer Bürgerliste (MBL), in der auch Mitglieder der DKP aktiv mitarbeiten, einschaltete und mit den Anwohnern zusammen zu mehreren Protestkundgebungen vor dem Mülheimer Bezirksrathaus aufrief, bewegte sich die Bezirksvertretung. Jetzt soll geprüft werden, wie hoch die Belastung durch den Linksabbieger Dünwalder Str./Clevischer Ring auf der Mülheimer Freiheit ist. Es wurde weiter beschlossen, dass an zwei Stellen die Freiheit verengt werden soll. Dies kann nur der Anfang sein, denn das Problem des hohen Verkehrsaufkommens kann man damit nicht wirklich bekämpfen.

Die Bezirksvertretung scheint jedenfalls nur auf Druck der Bürger zu reagieren und sonst die Entscheidungen der Stadtverwaltung abzunicken, anstatt die Anliegen der Mülheimer wahrzunehmen. Die etablierten Mülheimer Parteien, allen voran die selbst ernannten »Autoparteien« CDU, SPD, FDP tun nichts und die Grünen als selbst ernannte „Umwertpartei“ stimmt allem zu (nach dem Motto: was interessiert mich mein Geschwätz von gestern)
Alle miteinander lassen zu, dass immer noch mehr und immer schwerere Fahrzeuge durch unseren Stadtbezirk fahren. Schon jetzt übersteigt die Feinstaubbelastung durch den Verkehr, insbesondere am Clevischen Ring, die zulässigen Höchstwerte erheblich. **Schluss damit!**

Neues Verkehrskonzept muss her!

Wir fordern, wie die Mülheimer Bürgerliste (MBL), ein Verkehrskonzept für den ganzen Stadtbezirk 9, insbesondere:

1. Beteiligung der Anwohner an der Verkehrsplanung.
2. Bei Planungen von Neubaugebieten muss ein Verkehrskonzept erstellt werden.
3. Rückbau des Clevischen- und des Bergischen Rings.
4. Kein Linksabbieger Dünwalder Str./Clevischen Ring, so wie es vor dem Umbau war.
5. Geänderte Vorfahrt auf der Mülheimer Freiheit und Danziger Str., Einliegerstraßen die Vorfahrt geben.
6. Sperrung des Rensburger Platzes für LKW über 4 t.
7. Tempo-30-Zone Rensburger Platz und Frankfurter Str.
8. Tempo 30 Zone zwischen Autobahn Ausfahrt Bergisch Gladbacher Str./Piccoloministr. und Wasserwerkstr.
9. Straßenverengung Bergisch Gladbacher Str. zwischen Schnellweider Str. und Rodstr.
10. Sperrung der Mülheimer Brücke für LKW über 7,5 t.
11. Weiterführung des Auenwegs zum Bergischen Ring.
12. SharedSpace-Straßen, in denen alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt sind.
13. Bus- oder Straßenbahn-Verbindung zwischen Wienerplatz und Deutzer Messe über die Deutz-Mülheimer Str.
14. Haltestellen-Ausbau der Buslinien 250 und 260: Haltestellen Deutz-Mülheimer Str./Auenweg, Thermalbad, Im Rheinpark und Messe Deutz.



SDAJ
22.-25.
MAI 2015
JUGENDPARK
KÖLN

MAKE CAPITALISM HISTORY - DIE ZUKUNFT GEHÖRT UNS

FESTIVAL DER JUGEND

WWW.FESTIVAL-DER-JUGEND.DE

Diskriminierung ohne Ende

Solidarität mit den Opfern aus der Keupstraße

Den 9. Juni kann kein Mülheimer vergessen. Damals verübten Neofaschisten einen Bombenanschlag in der Keupstraße. 22 Menschen wurden verletzt, vier davon schwer. Dass es keine Toten gab, grenzt an ein Wunder.

Das Leiden der Opfer ging nach dem Anschlag weiter. Sie und ihre Angehörigen wurden von den Ermittlungsbehörden zu Tätern gemacht. Noch am Tage des Anschlages hatte der damalige Innenminister Schily eine faschistische Urheberschaft ausgeschlossen.

NSU-Terroristin Beate Zschäpe und weitere Verdächtige.

Anderthalb Jahre mussten die Opfer aus der Mülheimer Keupstraße warten, bis sie Anfang dieses Jahres endlich als Zeugen aussagen konnten.

Sie erhofften sich Erleichterung, weil sie endlich öffentlich ihre Situation darstellen und Rechenschaft von Zschäpe fordern konnten. Doch sie mussten erleben, dass ihre Diskriminierung weitergeht. „Viele ZeugInnen fühlten sich vom Gericht mit



Dementsprechend wurden die Opfer und ihre Angehörigen von den Behörden als Teilnehmer von Bandenkriegen, Drogenmilieus und Ähnliches verdächtigt. Das vom Anschlag verursachte Leid wurde dadurch beträchtlich verstärkt.

Das hörte endlich auf, als die Täter aus dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) im November 2011 aufflogen. Seit Mai 2013 läuft der Prozess gegen die

seinem Vorsitzenden Richter Götzl wie Angeklagte behandelt. Unwirsch versuchte er sie in Widersprüche zu verwickeln und ließ jegliche Form eines sensiblen Umgangs mit diesen zum Teil noch stark traumatisierten Menschen missen. Die ZeugInnen aus Köln, die gleichzeitig auch als NebenklägerInnen auftreten, wurden mitunter wie Verdächtige behandelt,“

heißt es in einer Presseerklärung der Initiative „Keupstraße ist überall“ von Mitte Februar. Es wird vermutet, dass dieses Verhalten des Gerichtes damit zusammenhängt, dass die ZeugInnen ihre Diskriminierung durch die Strafverfolgungsbehörden dargestellt und gefordert haben, dass das Verbrechen und seine Hinterleute rückhaltlos aufgeklärt werden.

Auch manche Medien reagierten darauf mit weiteren Diskriminierungen. Die Initiative berichtet weiter: „Zwei Artikel auf Spiegel Online vom 22.1. und 28.1.2015 und andere Medienberichte gingen einen Schritt weiter und kehrten in eingetübter Manier Opfer in Täter um. Erneut wurden die migrantisches Betroffenen unglaublich gemacht und auf einen gesellschaftlichen Platz verwiesen, an dem sie

und stumm verharren sollen. Statt auf das Unrecht einzugehen, das den Opfern des Nazi-Terrors zugefügt wurde, berichtete die Spiegel-Journalistin Gisela Friedrichsen von zerstrittenen Anwälten, erfundenen Opfergeschichten und unrechtmäßiger Beteiligung verschiedener NebenklägerInnen. Damit unterstützt Der Spiegel das Störfeuer der Verteidigung von Beate Zschäpe.“

Dieses perfide Vorgehen muss aufhören. Unsere Mitbewohner aus der Keupstraße brauchen unsere uneingeschränkte Solidarität.

Wir fordern die Stadt Köln und alle Parteien auf sich hinter die Betroffenen zu stellen und das Verhalten des Gerichtes und einiger Medien zu verurteilen.

Unser Gruppenabend!

Immer der letzte Donnerstag im Monat, ab 19 Uhr, ausser an Feiertagen im Bürgerhaus MÜTZe, Berliner Str.77, 51063 Köln-Mülheim.

Komm doch einfach mal vorbei



UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP

UZ

Jetzt kostenlos 10 Wochen testen!

Rote Fahnen
sieht man
besser!

Name Vorname

Strasse

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 89 414 • www.ursere-zeit.de

DKP Köln-Mülheim
muelheim@dcp-koeln.de

V.i.S.d.P. Wolfgang Bergmann

Wallstr.31

51063 Köln

Tel.: 0151 43 23 77 30

www.dkp-koeln.de